

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
H. J. Schlegel, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breiterstr. Ecke,
H. J. Schlegel, in Firma
J. Hermann, Wilhelmstr. 17.
Verantwortlicher Redakteur:
J. Schlegel
in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
H. J. Schlegel, Hoflieferant & Posener A. G.,
H. J. Schlegel & Co., Invalidenten.
Verantwortlich für den
Inseratenteil:
J. Schlegel
in Posen.

Ar. 245

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganze Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Buchhändler des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 8. April.

1893

Deutschland.

Berlin, 7. April.

Die Einführung von Dienstalters-
stufen für die Regelung der Gehälter auch der etats-
mäßigen Subalternbeamten der Justizver-
waltung entsprechend der gleichen Regelung bei den etats-
mäßigen Unterbeamten hat der Justizminister in einer allge-
meinen Verfügung vom 5. April 1893 vom 1. April d. J. an
angeordnet.

Die Bewilligung von Alterszulagen erfolgt immer vom ersten
Tage der Kalendervierteljahre ab. Denjenigen Beamten, welche
zur Zeit des Inkrafttretens der neuen Gehaltsregulierung bereits
ein höheres Gehalt beziehen, als ihnen nach der festgesetzten Dienst-
altersstufenregel zustehen würde, ist dieses Gehalt zu belassen; ein
Anspruch dieser Beamten auf höhere Gehaltsstufen findet erst statt,
sobald das nach Maßgabe des Systems der Dienstaltersstufen be-
rechnete Gehalt das frühere Gehalt übersteigt. Rünftig wegfallende
Dienstbezüge sind bei der Bewilligung von Alterszulagen in An-
rechnung zu bringen. Die Dienstzeit wird in jeder Beamtenkate-
gorie vom Zeitpunkt der etatsmäßigen Anstellung des Beamten ab
berechnet, das heißt dem Tage, von welchem ab dem Beamten die
Verwaltung der Stelle dauernd gegen den Bezug des mit derselben
verbundenen Dienstentgelts übertragen worden ist. Unberück-
sichtigt bleibt jedoch diejenige Dienstzeit, während welcher einem
Beamten die Verwaltung einer Stelle probeweise oder unter Vor-
behalt des Widerrufs übertragen worden ist, und zwar auch dann,
wenn der betreffende Beamte während dieser Zeit das Gehalt der
Stelle unberücksichtigt bezogen hat. In Betreff der Anrechnung früherer
Dienstzeit gelten dieselben Grundsätze wie in Betreff der Unter-
beamten. Bei denjenigen Beamtenkategorien, welche in zwei
Klassen — Subalternbeamte erster und zweiter Klasse — zerfallen,
ist bei Bemessung des Gehalts nach Dienstaltersstufen für die Sub-
alternbeamten 1. Klasse die in der Stelle als Subalternbeamter
2. Klasse zurückgelegte Dienstzeit mit zu berücksichtigen, wenn und
soweit dieselbe mehr als 6 Jahre beträgt.

Ueber die Regelung der Gehälter der etats-
mäßigen Unterbeamten der Justizverwaltung
nach Dienstaltersstufen hat der Justizminister eine neue Verfügung
betreffs der Anrechnung früherer Dienstzeit bei Be-
förderungen und Versetzungen erlassen. Danach ist den in Folge
dessen in eine andere Beamtenklasse übertretenden Beamten von
der in der früheren Klasse zurückgelegten Dienstzeit insoweit anzu-
rechnen, daß derselbe in die in der bisherigen Gehalts-
entsprechende Gehaltsstufe der neuen Klasse eintritt und in dieser
Stufe nur noch dieselbe Zeit zu verbleiben hat, welche er auf der
selben Stufe der früheren Klasse bis zum Aufsteigen in die nächst
höhere Stufe noch hätte zubringen müssen. Befindet ein Gehalts-
sach, wie ihn der Beamte in der früheren Klasse zuletzt bezogen
hatte, in der neuen Klasse nicht, so tritt der Beamte in der letzteren
gleich in die nächsthöhere Gehaltsstufe ein. Zugleich wird in der
Verfügung Vorsorge getroffen, daß in Bezug auf die regelmäßigen
Gehaltsverbeförderungen der Beamten nicht schlechter gestellt werden
als zuvor, und daß sie namentlich bei Berechnung ihrer Dienstzeit
sich nicht verschlechtern. Sofern Unterbeamte in der Zeit seit dem
1. April 1892 in andere Klassen übertreten sind, ist das Dienst-
alter solcher Beamten für die Bemessung ihres Gehalts nach
Dienstaltersstufen nach Maßgabe der vorstehenden Grund-
sätze anderweit festzustellen und ein ihnen danach etwa zustehendes
höheres Gehalt für die Zeit vom 1. April 1892, beziehungsweise
dem betreffenden späteren Zeitpunkt ab nachzuholen. Gleichzeitig
wird bestimmt, daß vom 1. April 1892 ab diejenigen Beamten,
deren Besoldungen nach dem System der Dienstaltersstufen geregelt
werden, und welche ihrem Dienstalter nach vor ihrem Tode oder
vor ihrem Uebertritt in den Ruhestand zu dem maßgebenden Zeit-
punkte (dem betreffenden Vierteljahresanfang) im Gehalte auf-
steigen konnten, die entsprechende Zulage auch dann zu gewähren
ist, wenn die Bewilligung vor ihrem Tode oder vor der An-
ordnung ihrer Veretzung in den Ruhestand nicht mehr erfolgt ist,
daß mithin der auf die betreffende Zeit entfallende Gehaltsunter-
schied nachzuschlagen, sowie der erhöhte Gehaltsatz bei Festsetzung
der Pension, des Witwen- und Waisengeldes und bei Gewährung
der Gnadenkompetenzen zu Grunde zu legen ist.

Der Anschluß des Herrn Seydel-Hehden
an die Deputation der Vorsteher der ostbayerischen landwirth-
schaftlichen Centralvereine, welche dem Kaiser nach der Tivoli-
versammlung die bekannte Denkschrift überreichte, ist bekanntlich
seitens des engeren Ausschusses des landwirthschaftlichen
Centralvereins für Pommern und Masurien
mit 15 gegen 7 Stimmen gemißbilligt worden. Die General-
versammlung des Vereins, welche am 6. April in Ansternburg
stattfand, hat dagegen der „Freis. Ztg.“ zufolge mit 201 gegen
137 Stimmen das Verhalten Seydels gebilligt, obgleich, wie
es in der von der Mehrheit angenommenen Resolution heißt,
„in der Denkschrift manche Sätze enthalten sind, welche viel-
leicht nicht vollständig mit den Ansichten Einzelner überein-
stimmen.“

Nach dem Polizeikostengesetz sollte am 1. April d. J.
das Nachwachsthum in den Städten mit königl. Polizeiverwal-
tung auf diese übergehen. Zur Durchführung gelangt ist diese Be-
stimmung aber nur in der Stadt Hannover, da in Berlin u. s. w.
nicht das nötige Personal hat beschafft werden können. (In Posen
wird bis jetzt bekanntlich in zwei Rediretoren der Stadt der Nach-
wachsthum von der kgl. Polizeiverwaltung verbleiben.) Die Regie-
rung „hofft“, daß das auch bald anderwärts der Fall sein werde.
Sollte es hingegen, schreibt heute die „N. A. Z.“, nicht möglich
sein, in absehbarer Zeit die notwendige Anzahl von Militär-
anwärtern zu beschaffen, so hat der Minister des Innern sich bereit
erklärt, eine Allerhöchste Ermächtigung dahin zu erwirken, daß die
bisherigen Nachwachstümer auch bei der Vermehrung der Schutz-

mannschaft berücksichtigt werden.“ Das hätte man früher bedenken
sollen.

Die Sozialdemokratie rechnet mit der Reichs-
tagsauflösung als mit einer sicher zu erwartenden Thatsache.
Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner heutigen Nummer einen an die
Parteilgenossen Berlins und der Provinz Brandenburg gerichteten
Aufruf, aus dem zu ersehen ist, daß die diesjährige Partei-
konferenz, eben unter der Voraussetzung der Reichstagsauf-
lösung, in diesem Jahre früher als im vergangenen, und zwar
auf den 7. Mai einberufen wird. Die Konferenz wird sich mit der
Aufstellung von Kandidaten für die Reichstagsneuwahlen befassen.

Mek, 5. April. Hier ist am Sonntag wieder ein Schuß
auf einen Flüchtling abgegeben worden. Am Sonntag
Abend bemerkten nach der Stadt zurückkehrende Personen unter
der Wölbung des Bahnhoftores einen Soldaten, der in eifriger
Flucht begriffen, von zwei anderen mit Gewehren bewaffneten
Soldaten (wahrscheinlich einer Patrouille) verfolgt und durch Halt-
rufe zum Stillstehen aufgefordert wurde. Als der Verfolgte die-
sem Befehle keine Folge leistete, rief einer der Verfolger, wie es in
der von der „Mezger Ztg.“ übersehten Meldung des „Messin“ heißt,
sein Gewehr herunter, legte an und gab Feuer auf den Flüchtling,
der schon an der Stelle gegenüber dem Bahnhofseingang angelangt
war. Der Schuß traf den Soldaten nicht und glücklicherweise
auch keinen der zahlreichen Ausflügler, die von auswärts der Stadt
aufzutraten.

Aus dem Gerichtssaal.

* Berlin, 7. April. Der Majestätsbeleidigungs-
prozeß gegen den Schriftsteller Maximilian Harden ist
heute vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I
unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt worden. Unter
Anklage stand ein Artikel der „Zukunft“ unter der Ueberschrift
„Monarchen-Erziehung“, welcher in Anknüpfung an den Erinne-
rungstag der Hinrichtung Ludwigs XVI. allgemeine Betrachtungen
über Monarchen-Erziehung anstellte und darlegte, wie verhängnis-
voll es für Fürsten und Völker werden kann, wenn ein überhan-
nehmender Byzantinismus und Servilismus den Monarchen in
ein ungezügelteltes Olympiergefühl hineindrängt. In einzelnen Wen-
dungen dieses Artikels wurde von der Anklagebehörde eine Be-
ziehung auf unseren Monarchen herausgehoben und in Folge dessen
die Anklage wegen Majestätsbeleidigung erhoben. Dem Vernehmen
nach bestritt der Angeklagte jede beleidigende Absicht und behauptete,
daß es sich in dem Aufsatze um ganz allgemeine Erörterungen
historischer und staatswissenschaftlicher Grundlagentheorien handele, für deren
Nutzanwendung im Sinne der Anklage der Aufsatz selbst keinen
Anhalt biete. Der Staatsanwalt beantragte 4 Monate Ge-
fängnis. Der Verteidiger und der Angeklagte selbst plaidirten
in längeren Reden für Freisprechung. Nach kurzer Beratung
erkannte der Gerichtshof, wie schon gemeldet, auf Freisprechung
des Angeklagten. Aus den Urteilsgründen, welche der Vor-
sitzende publizirte, ist folgendes hervorzuheben: Man dürfe sich
in der Beurtheilung des Artikels von der Unbefangtheit des Urtheils
nicht entfernen und der Interpretation nicht Zwang anthun. Der
Artikel bestehe aus zwei Theilen, der eine wende sich an Frankreich,
der andere an Deutschland, den Ausgangspunkt bilde die Hinrichtung
Ludwigs XVI. und es werde Vergleiche zwischen 1792 und 1892
angestellt. Von unserem regierenden Kaiser sei erst im zweiten
Theile die Rede, und wenn man den Artikel unbefangen prüfe, so
sei es klar, daß er von einem durch und durch monarchischen Geiste
getragen werde. Er enthalte außerdem eine Reihe ganz unzweifel-
hafter Wahrheiten. Die Ehrfurcht vor einem Fürsten zeige sich
nicht darin, daß man ihm byzantinisch zu Füßen liegt und ihm
schmeichelt, sondern die wahre und echte Ehrfurcht vor dem Mon-
archen bestehe darin, daß man dem Monarchen gegenüber die
Wahrheit hochhält, vorausgesetzt, daß man derselben keine strafbare
Form giebt. Der Gerichtshof habe in den einzelnen Wendungen
des Artikels eine Beleidigung der Majestät nicht finden können.
Wenn gesagt werde, daß ein König auf dem Throne erst sich selbst
erziehen müsse, so sei dies eine Wahrheit, die nicht in eine ver-
leumdende Form gekleidet worden sei. Die theoretische Vorbildung
eines Königs sei gewiß gut und nützlich, aber sie allein mache ihn
noch nicht zum Herrscher. Die Erziehung gerade auf einem so her-
vorragenden Posten dauere fort durchs Leben und wenn der An-
geklagte dieses ausführe, so sei er dabei getragen worden von
großer Ehrfurcht gegen den Kaiser. Der junge Kaiser in seiner
Thakraft, seinem Elan, mit seinem mächtigen und guten Willen
glaube rasch vorwärts gehen zu können mit seinen Reformen und
wenn in dem Artikel gesagt werde, er habe wahrscheinlich geglaubt,
in kürzerer Frist durchdringen zu können, so liege darin wohl eine
Wahrheit, aber keine Beleidigung. Der Gerichtshof habe nirgends
in dem Artikel einen dem § 95 St.-G.-B. entsprechenden Punkt ge-
funden, weder in verbis expressis noch in dem ganzen Gedan-
kengange.

Vermischtes.

* Aus der Reichshauptstadt, 7. April. Prinzessin Frie-
drich Leopold ist in der Nacht von gestern zu heute kurz vor
12 Uhr auf Schloß Glienicke, wie schon telegraphisch gemeldet, von
einem Prinzen glücklich entbunden worden. In Berlin
wurde die Geburt des Prinzen durch 72 Salutgeschüsse kundgegeben,
welche am Vormittage von einer Batterie der Garde-Artillerie im
Lustgarten abgegeben wurden und deren Lösung auch der Kaiser
mit seiner Umgebung bewohnte. Das kaiserliche Schloß hatte zur
Feier des Tages die Kaiserstandarte aufgezogen. Die kaiserlichen
und die prinzipalsten Paläste und die öffentlichen Gebäude hatten
gleichfalls Flaggenschmuck angelegt. Die Wachen und Posten zogen
vom Morgen ab mit Haarbüsch auf. Prinz Friedrich Leopold war
Freitag früh nach Berlin gekommen, um dem Kaiser und der Prin-
zessin Friedrich Karl das freudige Ereignis mitzutheilen.
Als dringend verdächtig, an dem Diebstahl der
Glocken vom Waplag der St. Pauls-Gemeinde bethe-
ligt zu sein, ist der Arbeiter Emil Schmidt verhaftet
worden. Schmidt hat am Ostermontag, kurze Zeit nachdem die

Glocken gestohlen worden sind, einem Geschäftsmann in der
Böhlertstraße zerklüftete Metallstücke verkauft. Diese Metallstücke,
für die Schmidt 90 Mark erhalten hat, rühren nachweislich von
den gestohlenen Glocken her. Schmidt behauptet nachher, daß
er das Metall von zwei ihm unbekannten Männern gekauft habe,
da er aber bereits drei Mal wegen Diebstahls bestraft worden ist
und davon zwei Mal wegen Metalldiebstahls, so wird dieser Aus-
sage nicht geglaubt und Schmidt der Staatsanwaltschaft vorgeführt
worden.

Prinzipalkommissarius v. Arnault ist, wie schon
telegraphisch gemeldet, am Freitag durch Beschluß der 5. Straf-
kammer des Berliner Landgerichts I. aus der Haft entlassen
worden, nachdem Staatsanwalt Dr. Benedix auf Grund der in-
verholfen, durch neues Entlastungsmaterial begründeten Anträge
des Verteidigers Dr. Fr. Friedmann die Haftentlassung und
die Einstellung des Verfahrens in der Anklagesache wegen Mein-
eides beantragt hatte. Ueber die Einstellung des Verfahrens wird
die Strafkammer demnächst schlüssig werden. In der ferner noch
schwebenden Anklagesache wegen Diebstahls bezw. Begünstigung des
Hugo Böhm ist bekanntlich schon früher die Haftentlassung des Herrn
v. A. verfügt worden.

* Die Cholera in Orient. Die von uns bereits telegraphisch
mitgetheilte Nachricht vom Ausbruch der Cholera in Orient, so
unwahrscheinlich das lange Verheimlichen der Krankheit auf den
ersten Augenblick auch erscheinen muß, wird wohl leider auf Wahr-
heit beruhen, auch wenn die französische Regierung derselben wider-
sprechen sollte. Ganz abgesehen davon, daß wohl nicht anzu-
nehmen ist, daß der englische Konsul in Beirut seine Angaben ohne
guten Grund gemacht habe, entspricht ein langes Ver-
heimlichen der Cholera ganz und gar den französischen
Gewohnheiten. Als vor sechs Jahren die Cholera in
Paris ausbrach, wurde sie von der französischen Regierung und
von allen französischen Blättern Monate lang verleugnet und erst
aufgefallen, als schon Hunderte von Opfern der Seuche erlegen
waren. Auch im vorigen Jahre hat man Monate lang die Seuche
zu verbergen gesucht und große epidemische Erkrankungen wie
damals, als die Mehrheit der Infassen des Arbeitshauses von
Nanterre wegerafft wurden, mit allen Mitteln, so lange es ging,
verheimlicht. Diese Thatsache ist allgemein bekannt und auch
in dem amtlichen, vom deutschen Reichsamt des Innern ver-
faßten Bericht über das Auftreten der Cholera im vorigen Jahre
festgestellt worden. Bei solchen Gewohnheiten liegt die Ver-
muthung nahe, daß man auch jetzt in Orient ähnlich gehandelt
haben wird, und die sechsfahrtelnden Nationen haben allen Anlaß,
die aus Orient und den benachbarten Häfen kommenden Schiffe
aufs allergenueste zu beobachten. Orient hat zwar so gut wie
gar keinen direkten Schiffsverkehr mit Deutschland, dafür aber recht
regen Verkehr mit den französischen Häfen des atlantischen Ozeans
und des Canals, in die schon sehr leicht eine Verschleppung statt-
gefunden haben kann. Diese Befürchtung muß umsomehr vor-
walten, als das bisherige Verhalten Frankreichs nicht die mindeste
Bürgschaft dafür bietet, daß es die in diesen Häfen etwa zur
Anzeige kommende Cholerafälle nicht gleichfalls verheimlicht wird.

Lokales.

Posen, 8. April.

p. Sterbefall. Der Dirigent der Kapelle des 6. Infanterie-
Regiments, Herr Appold, ist gestern Abend nach langem Leiden
aus dem Leben geschieden. Der Tod des verdienten Mannes, der
sich sowohl durch seine künstlerische Thätigkeit wie durch sein
liebenswürdiges Wesen in den weitesten Kreisen allgemeine
Anerkennung und Achtung erworben hatte, findet lebhaften Theil-
nahme.

p. Beerdigung. Unter ungemein zahlreicher Theilnahme
sind gestern das Begräbniß des verstorbenen Professors von
Zakowicki statt. Dem reich bekränzten Sarge schritten 19 Geist-
liche, darunter mehrere höhere Kleriker, voraus.

p. Ueberfall. Ein Fuhrwerk, in welchem sich ein hiesiger
Bürger mit seiner Frau befand, wurde gestern auf der Schwerfener
Chaussee ungefähr 1/2 Meile von hier durch einen Strolch ange-
fallen. Derselbe verletzte plötzlich ohne jede Veranlassung der im
Wagen sitzenden Frau mit einem dicken Stock einen Heß über den
Kopf, wodurch diese nicht unerheblich verletzt wurde. Der Mann
sprang natürlich sogleich vom Bod herunter und fiel über den Kopf
her, der denn auch mit Hilfe einiger hinzugekommener Personen
bald überwältigt und der Polizei überliefert wurde.

p. Aus dem Polizeibericht. Verhaftet wurden gestern
zwei Bettler, ein Strolch, der in angetrunkenem Zustande die
Gasse in der Friedrichstraße anrennende, und zwei Arbeitsburschen,
die einem Knaben auf dem sogenannten Bussweg ein Portemon-
naie mit 1.60 Mk. aus der Tasche gestohlen hatten. — 3 wangs-
weise Vorspann mußte an der Ecke der Neuen- und
Wilhelmstraße für ein auswärtiges Fuhrwerk requirirt werden, da
die Pferde gänzlich abgetrieben waren und den schwer beladenen
Wagen nicht mehr weiter zu ziehen vermochten. — Ein Fuhr-
unfall ereignete sich gestern in der Berliner Thorpassage im
Glacis. Dort stürzte nämlich vor einem mit Sengholz beladenen
Wagen das eine Pferd und konnte erst nach längerer Zeit wieder
auf die Beine gebracht werden. Der Verkehr war dadurch auf
längere Zeit behindert. — Gefunden sind mehrere Papiere, auf
den Namen Josepha Schulz lautend, in der St. Adalbertstraße
eine Morgenhaube und eine Damenhaube, auf dem St. Martin-
kirchhof ein Korallenarmband, in der Niederwallstraße ein Trau-
ring und auf dem Bohn'schen Platz ein Militärpaß auf den Namen
Richard Beske lautend. — Zugelaufen ist Mitterstraße 3 III
ein kleiner brauner Hund.

Standesamt der Stadt Posen.

Am 7. April wurden gemeldet:
Eheschließungen.
Pharmazent Viktor Ihms mit Marie Schmölke. Schlosser-
gehilfe Hugo Dehmel mit Wanda Stobusjewski.

